

PARLAMENTSREPORT



200 Jahre alt, aber quicklebendig

Liebe Leserinnen und Leser,

vor etwa zwei Monaten habe ich einen Brief an alle sächsischen Haushalte geschrieben und die Menschen aufgefordert, mir zu schildern, was sie persönlich bewegt. Hunderte Zuschriften sind beantwortet, und ich danke allen, die mein Gesprächsangebot angenommen haben. Die Hauptthemen sind klar: erfahrenes soziales Unrecht, Angst vor Altersarmut, Fragen zur Integration von Geflüchteten und nicht zuletzt die Sorge um den Frieden in der Welt.

Vor allem aber zeigen sich spezifische Sorgen der Ostdeutschen. Beim ersten großen „Aufbau Ost“, der schöne Städte und ausgebaute Autobahnen bescherte, wurden unzählige Erwerbsbiographien und auch Menschen gebrochen. Daraus müssen die Regierenden endlich die richtigen Schlussfolgerungen ziehen: Nötig ist ein neuer Aufbruch für den Osten! Investitionen in den sozialen Zusammenhalt sind unentbehrlich für die Integration aller, Einheimischer wie Hinzugekommener, in die gemeinsame Gesellschaft. Das Wirtschaftliche muss gerade in den Regionen besser mit dem Sozialen, Kulturellen, dem Gesundheitswesen verbunden werden. Wir brauchen einen wirklich öffentlichen Raum, in dem sich Menschen begegnen können. Nur so lässt sich die Unkultur von Einsamkeit und Ellbogenmentalität überwinden und mehr Zufriedenheit schaffen.

Auch wir als LINKE brauchen einen Neustart in unserer Kommunikationskultur, schließlich ist unser „Kümmerer-Image“ zwischenzeitlich etwas verkümmert. Wir wollen aber den unmittelbaren „ Draht“, mit dem wir Hilfe anbieten und selbst Erkenntnisse gewinnen. Menschen, die sich das gewünscht haben, besuche ich übrigens auch zu Hause – bisher stehen einige Dutzend solcher Termine im Kalender.

Rico Gebhardt

Rico Gebhardt
Fraktionsvorsitzender

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag

„Ein Gespenst geht um im Landtag“, titelte die „Freie Presse“ zu einer Debatte, die Ende April für Furore sorgte. Parlamentspräsident Matthias Rößler (CDU) fragte im Vorfeld, ob die Linksfraktion „die Weltrevolution ausrufen will“. Der Abgeordnete Jörg Vieweg (ein Sozialdemokrat!) sprach von bloßer „Folklore und Kitsch“. Und die CDU meinte, der Namensgeber der Debatte habe „keine Relevanz für die Fragen der heutigen Zeit“, er gehöre „auf den Friedhof der Philosophen“. Das zeigt: Wir haben einen Nerv getroffen, als wir – wenige Tage vor dessen 200. Geburtstag – den Landtag über das geistige Erbe von Karl Marx debattieren ließen.

„Wir alle stehen auf den Schultern von Karl Marx“, hat der Vordenker der katholischen Soziallehre, Oswald von Nell-Breuning, dessen Aktualität begründet. Die **Sozialpolitikerin der LINKEN, Susanne Schaper**, stieg mit einem Marx-Zitat ein: „Nie triumphierte das Kapital schamloser als heute. Die Armen werden immer ärmer und die Reichen immer reicher.“ Falls sich Kenner der Marx-Engels-Gesamtausgabe jetzt wundern sollten: Dieser Ausspruch stammt nicht von Karl, sondern vom katholischen Bischof Reinhard Marx. Auch er konnte die CDU aber nicht umstimmen.

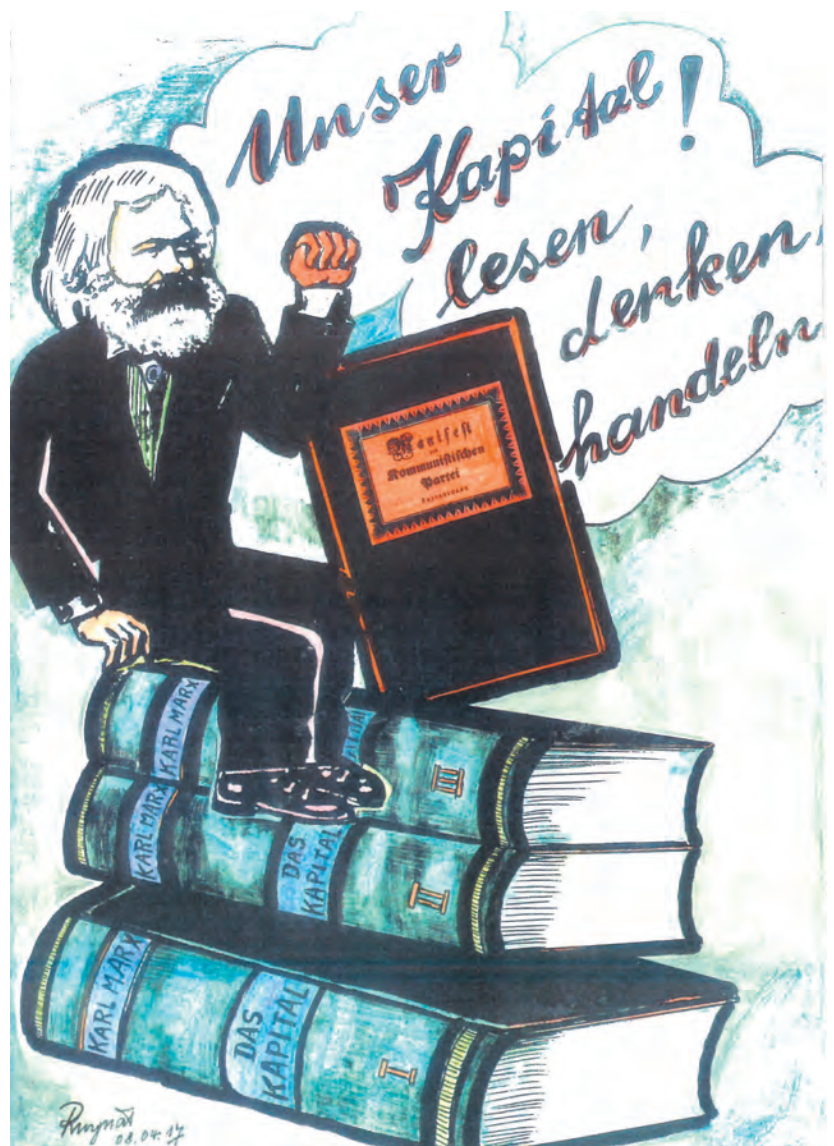
Dabei sei Marxens Analyse des Kapitalismus aktuell, so Schaper. „Wie viele Generationen vor uns erleben wir, welche Folgen dieses Wirtschaftssystem hat. Weltweit schlägt es Millionen in die Flucht – wegen profitgetriebener Kriege, im Geschäftsinteresse hingemommener Umweltzerstörung oder des immensen Wohlstandsgefälles. Wie pervers ist ein System, in dem laut Oxfam die acht reichsten Männer über 426 Milliarden Dollar verfügen – das Neunfache des sächsischen Landeshaushaltes 2017/2018 –, während die Hälfte der Menschheit leer ausgeht?“

Auch in Sachsen führe die Kapitalanhäufung zu immer größerer Ungleichheit. 2016 lebten hier 175 Einkommensmillionäre von 290 Millionen Euro, während 150.000 Kinder von Sozialleistungen abhängig waren. „Diejenigen, die den materiellen und sozialen Wohlstand maßgeblich erarbeiten, profitieren am wenigsten davon. Ihre gute Arbeit hat keinen Mehrwert. Dieser landet woanders. Sachsens Regierung nimmt das hin“, so Schaper. Während die einen bis zum Anschlag buckelten, zum Teil für Hungerlöhne, hätten andere keine Chance, einen Job zu bekommen. „Wie schaffen wir es, alle von Arbeit zu entlasten und dennoch allen ein Auskommen in Würde zu sichern?“ Die Antwort weise über den Kapitalismus hinaus.

Es gehört zu den zentralen Denkfiguren von Marx, dass Gesellschaften zwar wohlhabender werden, aber gleichzeitig ein großer Teil der Bevölkerung nach unten gedrückt wird. **Wirtschaftspolitiker Nico Brünler** schlug den Bogen zur Digitalisierung. „Marx hat den Kapitalismus analysiert, die ungeheure vorwärtsdrängende Kraft beschrieben, aber auch Ausbeutung, Entfremdung und die Kehrseite des Zwangs zur Rationalisierung. Heute würde man sagen: permanente Arbeitsverdichtung. Viele Menschen fragen sich: Wird meine Arbeitskraft morgen noch gebraucht?“ Marx habe beschrieben, wie Soloselbstständige im freien Markt an die Wand gedrängt werden, wie sich Spitzenmanager, losgelöst von tatsächlicher Leistung und Verantwortung, die Taschen füllen, wie sich das Kapital bei wenigen konzentrierte und Kapitaleigner ihre Interessen gegen Beschäftigte durchsetzen können. „Der Kapitalismus ist eben keine Leistungsgesellschaft, sondern eine Gesellschaft, die auf Machtverhältnissen beruht“, so Brünler. Marx habe richtig formuliert, dass der Kapitalis-

mus unter der konkreten Entwicklung der Produktivkräfte entstanden sei. So sei er „ein vergängliches Kind seiner Zeit“. Angesichts der Digitalisierung sei offen, ob Ungerechtigkeiten nur modernisiert und verschärft würden oder ob wir eine Entwicklung der Produktivkräfte erlebten, die das Potential hat, das Bestehende umzuwerfen. Die Landesregierung betrachte die Digitalisierung weitgehend unkritisch aus der rein technologischen Sicht. Jedoch: „Technische Neuerungen im Kapitalismus tendieren dazu, in soziale Zumutungen umzuschlagen, wenn sich an den politischen Verhältnissen nichts ändert.“

Aus der Möglichkeit ungeahnter Produktivitätsfortschritte werde sonst für die einen das Versprechen, weniger zu arbeiten, für die anderen aber die Drohung von Erwerbslosigkeit und Prekarisierung. „Arbeitszeitverkürzung heißt die Herausforderung, wenn der technische Fortschritt allen nützen soll. Das ist die Dialektik der Digitalisierung. Da sind wir wieder ganz bei Marx“, schloss Brünler. Marx bleibt unter uns – solange die Gesellschaft kapitalistisch ist.



Gedenkstätte Sachsenburg kommt!

Bei der Obduktion des beliebten Mannes fand man handtellergroße blaue Flecken, die bis auf die Knochen blutunterlaufen waren, Verbrühungen und Schnittwunden. Die Lagerleitung gab als Todesursache Herzstillstand an. Dr. Max Sachs, Redakteur und sozialdemokratischer Landtagsabgeordneter, war Opfer eines Lagersystems, das zu selten im Fokus des Gedenkens steht. Er starb am 5. Oktober 1935 im Konzentrationslager Sachsenburg, das sich in einer ehemaligen Spinnfabrik bei Frankenberg befand. SA und SS inhaftierten dort zwischen 1933 und 1937 mehr als 16.000 Menschen, 7.000 sind mittlerweile namentlich bekannt – darunter Bruno Apitz, Walter Janka und der Vater von Heiner Müller. SA und SS folterten und ermordeten Kommunisten, Sozialdemokraten, Christen und andere Regimegegner. Dort wurden auch SS-Wachmannschaften ausgebildet, die ihr Folterwissen nach Buchenwald und Sachsenhausen exportierten.

Nirgends war die Dichte „früher Konzentrationslager“ höher als in Sachsen, hier gab es 103 Standorte in 80 Städten. Neben Sachsenburg erlangten die Burg Hohnstein in der Sächsischen Schweiz, Schloss Osterstein in Zwickau und Schloss Colditz traurige Berühmtheit. Hinzu kamen 62 Außenlager der Konzentrationslager Flossenbürg, Groß-Rosen und Buchenwald. Für dieses dunkle Vermächtnis gibt es allerdings keinen zentralen Erinnerungs- und Bildungsort. Zwar wurde in Sachsenburg schon in den 1950er Jahren eine Gedenkausstellung eingerichtet und 1968 ein Mahnmal eingeweiht. Anfang der 1990er allerdings wurde die Spinnerei geschlossen, das Gelände verkauft und die Ausstellung dichtgemacht. Seitdem hat sich die Landesregierung nicht für das Areal interessiert.

Schon 1992 gründete sich eine erste Initiative zur Wiedereinrichtung eines Gedenkortes. Dem Engagement der

Lagerarbeitsgemeinschaft, der Initiative KLICK mit Anna Schüller und dem Besitzer Marcel Hett ist es zu verdanken, dass nun eine öffentliche Gedenkstätte entstehen kann. Trotz lukrativer Verkaufsangebote dringt der Eigentümer auf eine Nutzung als Gedenkstätte. Von ihm hat die Stadt Frankenberg einen Teil des Geländes gekauft, auf dem sich die Villa der SS-Kommandanten befindet. Das Zellenhaus hat Hett der Stadt geschenkt, mit der Maßgabe, eine Gedenkstätte zu errichten. Die örtlichen Engagierten pflegen das vom Verfall bedrohte Gelände, haben den Zellentrakt begehbar gemacht, eine Ausstellung sowie ein Konzept für die Gedenkstätte entwickelt.

Anknüpfend an all das hatte die Linksfraktion im August 2017 im Landtag beantragt (Drucksache 6/10439), dass die Landesregierung gegenüber der Stiftung Sächsische Gedenkstätten auf organisatorische, personelle, finanzielle und konzeptionelle Unterstützung für die Engagierten und die Stadt Frankenberg dringt. Schon seit sechs Jahren ist Sachsenburg Teil des Gedenkstättengesetzes. Angesichts der großen Aufmerksamkeit für das Thema und um den Druck weiter zu verstärken, hat die Linksfraktion diesen

Antrag im April 2018 auf die Tagesordnung gesetzt. **LINKEN-Kulturpolitiker Franz Sodann** sagte zur Kulturministerin Eva-Maria Stange (SPD): „Sie betonen immer die herausragende Bedeutung dieses Konzentrationslagers für das Gedenken in Sachsen. Sie sagen, Projekte müssten von unten wachsen, so auch die Gedenkstätte. Wie viel ‚unten‘ braucht es eigentlich, bis die Staatsregierung etwas tut?“ In Sachsenburg könne nicht nur eine Gedenkstätte entstehen, sondern ein Zentrum der demokratischen Bildung, ein Lern-, Forschungs- und Informationsort. KZ-Gedenkstätten erlebten deutschlandweit steigende Besucherzahlen.

Und siehe da: CDU und SPD lehnten zwar den Antrag ab (die AfD übrigens auch), aber Ministerin Stange teilte mit, dass die Regierung Geld für Sachsenburg bereitstellen will. Unter dem Druck der engagierten Initiativen, der größten Oppositionsfraktion und der Berichterstattung hat das sechsjährige Verschieben von Verantwortlichkeiten nun wohl ein Ende. Wir werden die Ministerin an ihren Taten messen. An die Opfer der frühen Konzentrationslager muss endlich würdig erinnert werden. Nicht zuletzt an Dr. Max Sachs.



Wo hakt's im Gesundheitswesen?

Versorgungsforschung – darunter kann man sich nicht viel vorstellen. Sie wird oft vernachlässigt, obwohl diese Forschung über die gesundheitliche Versorgung fundamental ist. Sie ermittelt, wie und wo diese funktioniert und wo nicht, insbesondere beim Umgang mit häufigen Erkrankungen wie Diabetes, Krebs, Herz-Kreislauf-Erkrankungen oder psychischen Krankheiten. Sie untersucht die Patientenversorgung in Krankenhäusern und Arztpraxen, die Versorgung mit Heil- und Hilfsmitteln, Kosten und Nutzen von Aus- und Weiterbildung, die Therapietreue und die Lebenswelt der Patienten. So kann sie fundierte Empfehlungen geben, was Patienten und Kostenträgern hilft.

In Sachsen wird diese Forschung aber weder systematisch betrieben noch gut finanziert. Im Landeshaushalt sind nur versprengte Mittel eingestellt, grundlegende Konzepte etwa im

Bereich der Krankenhausplanung oder der Geriatrie fehlen. Die Linksfraktion will diesen Mangel beheben und fordert, die Versorgungsforschung in Sachsen zu intensivieren (Drucksache 6/13081). Per Landesprogramm sollen Forschungsaufträge zielgerichtet vergeben werden. Die Regierung soll Geld bereitstellen, auch damit schon vorliegende Daten ausgewertet und landesweite Planungen beauftragt werden können, um den ambulanten und den stationären Sektor zu verzahnen. Auch soll die Regierung mit allen maßgeblichen Verantwortungsträgern Schwerpunkte der Versorgungsforschung entwickeln.

„Die Bevölkerung wird älter und die Lebenserwartung steigt. Das ist gut, aber es ist auch Grund für zunehmende Kosten, denn mit der Lebenserwartung und dem Alter steigt auch die Wahrscheinlichkeit zu erkranken.

Also werden mehr Ärzte benötigt. Von denen haben wir aber heute schon viel zu wenige“, so **Susanne Schaper, Sprecherin für Gesundheitspolitik**. Umso wichtiger sei, so Schaper, eine ordentliche Datengrundlage für gesundheitspolitische Entscheidungen. „Wenn wir die Versorgungsforschung ausbauen, können wir Finanzströme zielgenauer dahin lenken, wo sie den meisten Nutzen bringen.“ Schaper warb bei der CDU um Zustimmung: „Auch jeder Unternehmer würde aus betriebswirtschaftlicher Sicht schauen, ob sich seine Investitionen bezahlt machen.“

CDU und SPD halten das wenige für ausreichend, das in puncto Versorgungsforschung schon stattfindet. Damit bekommen wir noch immer keine landesspezifischen Daten, die für Verbesserungen so entscheidend wären.

Mehr Zeit durch einen Kinder- und Familienfreitag!

Der 1. Juni als Internationaler Kindertag wird in über 145 Staaten der Erde als Feiertag begangen. Das rückt die Bedürfnisse und Rechte der Kinder in den Fokus – und gibt Familien mehr Zeit für einander. Letzteres ist laut diversen Kinder- und Familienstudien der erklärte Wunsch vor allem von Eltern. Und nach wie vor stellen sich auch in der mit Reichtum gesegneten Bundesrepublik große Aufgaben, wenn es um Kinder geht: Kampf gegen Kinderarmut, Definition von Kinderrechten im Grundgesetz, Schutz der Gesundheit von Kindern, Sicherung einer guten Bildung und Lebensperspektive für alle jungen Menschen.

Die rot-rot-grüne Regierungskoalition in Thüringen will den Kindertag zum gesetzlichen Feiertag machen. Auch Sachsen könnte etwas für seine Familienfreundlichkeit tun und diesem Vorbild folgen. Die Linksfraktion hat jetzt einen Gesetzentwurf (Drucksache 6/13238) vorgelegt. Ziel ist es, einen zusätzlichen gesetzlichen Feiertag als „Kinder- und Familienfreitag“ einzuführen. Damit Kinder, Eltern und Großeltern auch wirklich einen zusätzlichen arbeitsfreien Tag genießen können, der nicht aufs Wochenende fällt, soll zeitlich flexibel der erste Freitag im Juni definiert werden.

*Wir sind gespannt auf die Debatte im Landtag! **Sachsens LINKEN-Fraktionschef Rico Gebhardt** ist sich jedenfalls sicher: „Mehr Zeit für Familie ist ein Grundbedürfnis unserer hektischen Zeit. Mehr Zeit, um mit den Kindern zu spielen, brauchen nicht nur der Ministerpräsident und ich, sondern viele Menschen.“*

Ein weiterer Feiertag in Sachsen wäre auch ein Beitrag zur deutschen Einheit, was die Anzahl von Feiertagen angeht. Sachsen liegt mit elf Feiertagen im Mittelfeld der Bundesländer, aber nur durch den bei uns arbeitsfreien Buß- und Betttag, der allerdings ausschließlich von den Beschäftigten selbst bezahlt wird. Andere Länder haben neun, Bayern sogar 13 gesetzliche freie Tage. Die Angst von Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU), ein zusätzlicher Feiertag könnte die deutsche Wirtschaft zu sehr belasten, ist aus der Zeit gefallen.

Es geht auch heute um die Zeit, die abhängig Beschäftigte zur Verfügung stellen und selber haben. Die Ungleichheit in der Gesellschaft wird größer, dem müssen wir entgegenwirken!

Eine Frage der Menschenrechte

„Der Irrtum wiederholt sich immerfort in der Tat, deswegen muß man das Wahre unermüdlich in Worten wiederholen.“ Man könnte diesen Leitsatz von Goethe heranziehen, um zu begründen, warum die Linksfraktion jetzt ein Gesetz vorschlug, das schon 2013 zur Debatte stand. Thema des 87 Seiten umfassenden Inklusionsgesetzes (Drucksache 6/13144) sind die Rechte von Menschen mit Behinderungen.

Dieses Landesgesetz soll dazu beitragen, dass die seit 2009 auch für Deutschland gültige UN-Behindertenrechtskonvention umgesetzt wird. Dazu muss das veraltete Sächsische Integrationsgesetz von 2004 zu einem Inklusionsgesetz um- und ausgebaut werden. Denn es geht nicht darum, eine ausgeschlossene Gruppe nachträglich zu integrieren. Vielmehr soll jeder einzelne Mensch, ob mit oder ohne Behinderung, von Anfang an gleiche Rechte und Chancen haben, am Leben selbstbestimmt teilzunehmen. Eine Behinderung, das stellt die UN-Konvention klar, ist nicht nur eine medizinische Angelegenheit der Betroffenen, sondern eine Frage der Menschenrechte und damit eine für die gesamte Gesellschaft.

„Ein Grund für die Ablehnung unseres Gesetzentwurfes 2013 war, dass erst das Bundesteilhabegesetz abgewartet werden müsse. Das ist 2016 beschlossen worden. Es ist nun wieder mehr als ein Jahr vergangen, ohne dass die Staatsregierung ein Sächsisches Inklusionsgesetz entworfen hat“, kritisierte der **LINKE Inklusionspolitiker Horst Wehner**. „Wir wollen eine inklusive Gesellschaft und wir wollen auch,

dass das Umsetzungstempo auf dem Weg dorthin deutlich angezogen wird.“

Ein Landesgesetz solle es den Betroffenen erleichtern, ihre Rechte durchzusetzen. Dabei geht es längst nicht nur darum, dass bauliche und sonstige Anlagen, Fahrzeuge, Verkehrsmittel, technische Gebrauchsmittel, Kommunikationssysteme, akustische und visuelle Informationsquellen barrierefrei zugänglich sind – wovon übrigens auch Menschen ohne Behinderung profitieren würden. Nein, alle Lebensbereiche sollen für alle hier lebenden Menschen ohne besondere Erschwerung und ohne fremde Hilfe auffindbar, zugänglich und nutzbar sein.

Die Linksfraktion macht dafür viele Vorschläge. Neben einem allgemeinen

Diskriminierungsverbot und Festlegungen zur Barrierefreiheit wollen wir, dass die Gebärdensprache als gleichberechtigte Amtssprache anerkannt wird und Kosten für Kommunikationshilfen übernommen werden. In Sachsen soll es einen Landesinklusionsrat und eine Ombudsperson für Inklusion geben, anerkannte Behindertenverbände sollen ein Klagerecht bekommen. Die UN-Behindertenrechtskonvention muss anhand verbindlicher Programme, Pläne und Berichte umgesetzt werden.

Die SPD, damals in der Opposition, hat solche Vorschläge 2013 gemeinsam mit der LINKEN gemacht. Wir hoffen, den Druck auf die CDU-SPD-Koalition zu erhöhen, damit Goethes Diktum zumindest für das Thema Inklusion in Sachsen endlich veraltet.



Gegen die Militarisierung der Polizei!

Sachsen ist auf dem Weg nach Bayern – hinsichtlich der Regierungspläne für das Polizeigesetz. Der geheime Entwurf, dessen Eckpunkte Innenminister Roland Wöllner (CDU) im April der Presse vorstellte, ist vom Onlineportal Buzzfeed enthüllt worden. Dem Landtag liegt er offiziell noch nicht vor. Was bekannt ist, gibt aber Anlass zur Sorge. Das zweifelhafte Vorbild ist Bayern, dessen CSU-Regierung am „härtesten Polizeigesetz seit 1945“ arbeitet.

Unter dem Vorwand, man könne Terrorismus und andere Kriminalität dadurch bekämpfen, soll in Grundrechte eingegriffen und die Polizei militarisiert werden. Künftig soll sie Kriegswaffen wie Handgranaten und Maschinengewehre einsetzen dürfen, auch gegen Menschen. Dagegen läuft die Gewerkschaft der Polizei Sturm. Autokennzeichen sollen mittels stationärer Anlagen erfasst und die Videoüberwachung an grenznahen Straßen ausgeweitet werden. Bei den Kriminalitätssphären, mit denen das begründet wird – wie Wohnungseinbrüche und Autoklau –, sinken die Fallzahlen seit Jahren. Auch dürften Verdrängungseffekte den kargen Erfolg konterkarieren. Bei der Kennzeichen-erfassung gibt es schon heute nur drei

Prozent Echttreffer, bei 97 Prozent der erfassten Fahrzeuge liegt nichts vor.

Besonders problematisch: Künftig geraten nicht nur Menschen ins Visier, die Gesetze verletzt haben, sondern auch solche, bei denen eine vermutete „Wahrscheinlichkeit“ besteht, dass sie in „überschaubarer Zukunft“ eine Straftat begehen könnten. Dann soll etwa die Telekommunikation abgehört werden dürfen. Der **LINKE Rechts-Experte Klaus Bartl** warnt: Polizeiliche Maßnahmen werden weit ins Vorfeld einer konkreten Gefahr verlagert. „Ein bloßer Verdacht soll genügen, um schwere Grundrechtseingriffe wie Fußfesseln und das Gebot, an bestimmten Orten zu bleiben, anordnen zu dürfen.“

Der Entwurf markiere die Abkehr von Schutzfunktionen, die der Rechtsstaat für seine Bürgerinnen und Bürger erfüllen muss. Nach seinen Maßstäben müsse aber jede und jeder, soweit nicht begründete Tatsachen Anderes belegen, als unverdächtig und unschuldig gelten. Wir erlebten, so Bartl, „das Abgleiten in ein Sicherheits- und Polizeikonzept, das nicht mehr am Menschenbild des grundsätzlich vertrauenswürdigen Bürgers anknüpft,

sondern Menschen als Sicherheitsrisiken betrachtet.“ Auch der Kriminologie-Professor Tobias Singelstein mahnt mit Blick auf neue Polizeigesetze: „Zahlreiche polizeiliche Eingriffsbefugnisse sollen schon bei viel geringeren Anlässen gestattet werden als bislang. Statt einer konkreten Gefahr soll es genügen, dass bestimmte Tatsachen darauf hinweisen, es könnte in Zukunft eine gefährliche Situation entstehen. Was als Ausnahmetatbestand für Gefährder und mutmaßliche Terroristen geschaffen wurde, wird so zu einem allgemeinen Maßstab für polizeiliches Handeln gemacht.“ Das geht uns alle an!

„Die Grundrechte verpflichten uns zum Schutz der Bürger vor dem Staate“, so **Enrico Stange, Innenpolitiker der LINKEN**. „Auch wenn wir logischerweise den Wunsch haben, in Sicherheit zu leben – das lässt sich nicht garantieren. Es gibt auch keine rechtliche Definition für Sicherheit, wohl aber für die Grundrechte.“ Ob die Sicherheitsversprechen, mit denen die CDU hausiert, einlösbar sind, ist zweifelhaft. Die Frage, inwieweit wir alle dafür mit unserer Freiheit bezahlen sollen, wird wohl bald die Verfassungsgerichte beschäftigen.

Kopftuchverbot für Kinder?

Nordrhein-Westfalens Landesregierung erwägt ein Kopftuchverbot für muslimische Mädchen unter 14 Jahren. Integrationsstaatssekretärin Serap Güler (CDU) argumentiert: „Es geht um Kinder, um junge Mädchen, die in diesem Land unabhängig von ihrer Herkunft oder Religion die Möglichkeit bekommen sollen, sich frei zu entfalten, frei zu denken und frei zu entscheiden.“

Sachsens Integrationsministerin Petra Köpping (SPD) verwies auf die Religionsfreiheit und plädierte gegen ein Kopftuchverbot: „Grundsätzlich ist und bleibt es jedem Menschen freigestellt, religiöse Symbole wie Kopftücher, Kreuze oder Davidsterne zu nutzen.“ Es müsse sich aber „um eine autonome und freiwillige Entscheidung handeln“.

Juliane Nagel, migrationspolitische Sprecherin der sächsischen Linksfraktion, unterstützt Köpping „im konkreten Praktischen“. Allerdings springe sie im Grundsatz zu kurz. „Denn im Kern geht es nicht um den Islam, sondern darum, welche Grenzen die Kinderrechte der Religionsausübung setzen. Kein Kind darf dazu gezwungen werden, einer Religion zu folgen, ohne dies selbst entschieden zu haben.“ Wenn Güler sage, es falle Mädchen schwer, das Kopftuch später abzulegen, dann sei zu fragen: „Wie sieht es mit der Taufe von Kindern aus, die nach weit verbreitetem christlichen Verständnis ein ‚unauslöschliches Merkmal‘ schaffen soll? Was ist mit Erstkommunion und allen Ritualen verschiedener Religionen, die an rechtlich religiös Unmündigen – vor dem 14. Geburtstag – vollzogen werden? Was ist mit der religiös motivierten Beschneidung von Kleinkindern?“

Nagel verweist darauf, dass das Grundgesetz diese Fragen in den Bereich der geschützten Privatsphäre verweist. Eine Grundsatzdebatte darüber, ob dies für alle Zeiten gelten soll, sei sinnvoll. Dabei sei Sensibilität gegenüber den Überzeugungen von Menschen gefragt, aber mehr Sensibilität gegenüber Kindern, die oft nur als Objekt behandelt werden. „Ich halte die Privilegien der Religionsgemeinschaften für überholt und sehe mich da im Einvernehmen mit vielen religiös gläubigen Menschen, die für diese Diskussion durchaus offen sind. Denn die gesellschaftliche Praxis ist unter muslimisch geprägten Menschen ebenso höchst differenziert wie unter christlich, jüdisch oder anderweitig Bekennenden. Sonst entsteht eine bizarre Schieflage, die nur Feindbilder produziert, aber Kindern nicht hilft.“



Plenarspiegel April 2018

Die 70. und die 71. Sitzung des 6. Sächsischen Landtages fanden am 25. und 26. April 2018 statt.

Die Fraktion DIE LINKE war mit folgenden parlamentarischen Initiativen auf beiden Plenartagen vertreten:

Aktuelle Debatte

„200 Jahre Karl Marx: Gute Arbeit hat Mehrwert – für ein sozial gerechtes Sachsen!“

Gesetzentwurf

„Gesetz zur Gleichstellung, Inklusion und selbstbestimmten Teilhabe von Menschen mit Behinderungen im Freistaat Sachsen (Sächsisches Inklusionsgesetz)“ (Drs 6/13144)

Anträge

„Gedenkort KZ Sachsenburg erhalten und ausbauen – Erinnerung an die Naziverbrechen in einem der ersten sogenannten Schutzhaftlager in Sachsen wachhalten“ (Drs 6/10439)

„Gesundheitliche Versorgung zielgerichtet verbessern – Versorgungsforschung in Sachsen spürbar intensivieren!“ (Drs 6/13081)

Beschlussempfehlungen und Berichte der Ausschüsse in Sammeldrucksache 6/13138 mit den Anträgen der Fraktion DIE LINKE

„Keine Wohnsitzauflagen für anerkannte geflüchtete Menschen in Sachsen! #stoppzugsstopp“ (Drs 6/12740)

gemeinsamer Antrag DIE LINKE & BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: „Konsequenzen für die Beteiligungspolitik des Freistaates Sachsen aus dem „Beteiligungsbericht 2016“ (Drs 6/12376)

Alle Drucksachen unter www.edas.landtag.sachsen.de

Bilanz der Kita-Tour: Betreuung real verbessern!

Es sei Instrument „direkter Demokratie“, behauptet Kultusminister Christian Piwarz (CDU). Sachsens Regierung will ab 2019 jährlich 75 Millionen Euro mehr für die Kitas locker machen und stellt per Online-Umfrage vier Maßnahmen zur Auswahl: Entweder werden die Vor- und Nachbereitungszeiten für vollbeschäftigte Erzieherinnen und Erzieher als Arbeitszeit anerkannt, oder der Personalschlüssel etwas verbessert, oder Kitas mit besonderem Bedarf besser unterstützt oder ein frei verwendbares Budget für alle Einrichtungen bereitgestellt. All das wäre bitter nötig, aber für keine dieser Maßnahmen davon reicht das Geld wirklich.

„Maximal 75 Millionen Euro Mehrausgaben – das ist weniger als ein Euro pro betreutem Kind und Tag. Es ist eigentlich noch nicht einmal ein Tropfen auf den heißen Stein. Der Kultusminister will mit diesem Tröpfchen auch noch glänzen. Und deshalb ist man auf die skurrile Idee verfallen, die Eltern entscheiden zu lassen, auf welcher Stelle des kochend heißen Steines das Tröpfchen verdampfen soll“, kritisiert **Marion Junge, Sprecherin der Linksfraktion für Kindertagesstätten**. Es gehe der Regierung offensichtlich um Wahlkampf, weshalb sie auch kein erziehungswissenschaftliches, sondern ein kommunikationswissenschaftliches Institut mit der Betreuung der Umfrage betraut habe.

Worauf es ankommt, hat Junge erst kürzlich erneut erfahren. Mit weiteren Abgeordneten war sie wieder auf Kita-



Tour durch Sachsen. Auf dem Programm standen fünf Ausbildungseinrichtungen für Erzieherinnen und Erzieher sowie fünf Kitas in den drei kreisfreien Städten sowie in zwei Landkreisen. „In den Gesprächen kristallisierten sich klare Einsichten heraus: Der Ausbildungsweg ist zu lang, zu wenig praxisnah und oft zu teuer, weil private Anbieter Schulgeld verlangen.“ Kein Wunder, dass sich zu wenige Menschen für den Beruf entscheiden. Und: „Damit es eine Kita für alle gibt, also vollständige Inklusion, bei der die Entwicklung des Kindes im Mittelpunkt steht, braucht es mehr Personal und weniger Bürokratie.“ Sonst könne auch der sächsische Bildungsplan nicht umgesetzt werden. Kitas

sind keine „Verwahreinrichtungen“, sondern Bildungsstätten!

Allerdings gibt es in Sachsen keine vollständige Übersicht über den Fachkräftemangel in Kitas. Denn freie Träger sind nicht verpflichtet, Personalzahlen zu melden. Überdies wird der offizielle Personalschlüssel im Regelfall weit überschritten, weil Urlaub, Weiterbildung und krankheitsbedingter Ausfall nicht ausreichend berücksichtigt werden. Die Betreuungsqualität steht und fällt damit, dass es gelingt, mehr Personal zu gewinnen. Die schrittweise Verbesserung des Betreuungsschlüssels muss gesetzlich geregelt werden.

Ein entsprechender Gesetzentwurf der Linksfraktion (Drucksache 6/10764) steht im Juni zur Beschlussfassung. Erstmals mit Wirkung zum 1. September 2019 und letztmals mit Wirkung zum 1. September 2030 soll der Personalschlüssel in allen Krippen, Kindergärten und Horten jährlich um jeweils 0,05 vollbeschäftigte Fachkräfte verbessert werden. 2022 bzw. 2023 wäre eine Fachkraft dann in der Krippe für vier (heute fünf), im Kindergarten für zehn (heute zwölf) und im Hort für 17 Kinder (heute 0,9 Fachkräfte für 20 Kinder) zuständig. Bis 2030 wollen wir einen Schlüssel von 1:3 in der Krippe, von 1:7,5 im Kindergarten und von 1:13 im Hort erreichen. Diese Empfehlungen sind in der Fachwelt als Zielmarken anerkannt. Wir brauchen keine Umfrage, um sicher zu sein, dass die Mehrheit der Menschen in Sachsen damit einverstanden wäre.

Linksfraktion war wieder beim Girls' Day dabei

Am Girls' Day, der am 26. April deutschlandweit stattfand, hat sich auch die Linksfraktion wieder beteiligt. Ziel war es, Mädchen die Arbeit im Parlament zu zeigen. Wer weiß, vielleicht entschließt sich ja so die eine oder andere, später ebenfalls Politikerin werden zu wollen.

Das wäre bitter nötig. Mit 30,9 Prozent ist der Frauenanteil im Bundestag auf einen Tiefstand gerutscht. Und auch der Sächsische Landtag bekleckert

sich nicht mit Ruhm – hier sind nur 32,6 Prozent von 126 Abgeordneten Frauen. So fehlt bei politischen Entscheidungen oft die biographische Perspektive von Frauen. Gäbe es nicht in der Linksfraktion aufgrund unserer quotierten Besetzung so viele Parlamentarierinnen, wäre diese Prozentzahl noch viel niedriger.

Sarah Buddeberg, Parlamentarische Geschäftsführerin und Gleichstellungspolitikerin, hat

sich über die Beteiligung gefreut: „Unsere Fraktion unterstützt den Girls' Day gerne, weil Frauen immer noch viel zu wenig sichtbar im politischen Raum sind. Weil viele Frauen dazu erzogen wurden, die Bühne den Männern zu überlassen, kommt eine politische Karriere für sie oft nicht in Betracht.“ Weibliche Perspektiven würden aber dringend benötigt. Schließlich sollen die Abgeordneten die gesamte Bevölkerung repräsentieren.



»Weil viele Frauen dazu erzogen wurden, die Bühne den Männern zu überlassen, kommt eine politische Karriere für sie oft nicht in Betracht. Doch wir brauchen dringend weibliche Perspektiven in den Parlamenten!«

Sarah Buddeberg, MdL



www.linksfraktion-sachsen.de



Impressum

Fraktion DIE LINKE
im Sächsischen Landtag
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden

Telefon: 0351/493-5800
Telefax: 0351/493-5460

E-Mail: linksfraktion@slt.sachsen.de
www.linksfraktion-sachsen.de

V.i.S.d.P.: Marcel Braumann
Redaktion: Kevin Reißig

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag